



# STRATEGIE PLAN JUGEND

ZUKUNFT FÜR ALLE  
JUNGEN MENSCHEN -  
BENACHTEILIGTE  
JUNGE MENSCHEN  
IN DEN FOKUS

STRATEGIEPLAN JUGEND

DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

2013 - 2015

**DG**  
DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

VERANTWORTLICHE HERAUSGEBERIN:  
REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT  
/ ISABELLE WEYKMANS  
/ MINISTERIN FÜR KULTUR, MEDIEN UND TOURISMUS  
/ KLÖTZERBAHN 32 - B-4700 EUPEN

LAYOUT WWW.STUDIODREIZEHN.BE  
// TITELBILD PHOTOCASE.COM  
// AUFLAGE 500 EXEMPLARE  
// EUPEN, IM JANUAR 2013

# VORWORT



Mit der Verabschiedung des neuen Dekrets zur Förderung der Jugendarbeit am 6. Dezember 2011 wurde in der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Grundstein für eine völlig neue Jugendpolitik gelegt. Und vor kurzem wurde vom Parlament der DG der so genannte Jugendstrategieplan genehmigt, das wichtigste Steuerungsinstrument dieser neuen Politikgestaltung.

Der erste Jugendstrategieplan besteht zum einen in einer Analyse der Lebenswelten von Jugendlichen in der DG und zum anderen in einem Aktionsplan mit sieben praxisorientierten Maßnahmen. Bei der Analyse der Lebenswelten fällt auf, dass zahlreiche der aufgeworfenen Problemfelder bereits in den beiden wichtigsten politischen Strategiepapieren der Regierung der DG für die Legislaturperiode 2009-2014, dem REK und/oder dem Laufenden Arbeitsprogramm (LAP), aufgegriffen wurden und schon konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Missstände vorgesehen wurden. Daher ist der erste Jugendstrategieplan auch komplementär zum REK und LAP konzipiert worden.

Im Mittelpunkt des Jugendstrategieplans 2013-2015 stehen die beiden Schwerpunktthemen, „zielgruppengerichtete Maßnahmenplanung für junge Menschen mit vielfältiger Problembelastung“ und „Gewaltbereitschaft bei jungen Menschen“, die sich aus den Analysen der Lebenswelten ergeben haben und von der Regierung im Dezember 2011 festgelegt wurden. Die sieben konkreten Maßnahmen wiederum wurden auf Basis dieser Schwerpunktthemen von einer Steuergruppe, in der die Jugendeinrichtungen und der Jugendrat vertreten sind, ausgearbeitet.

Im Vorwort zur PRIMA-Broschüre hieß es 2006: Adäquate Jugendpolitik muss dynamisch und flexibel sein. Sie muss sichtbar, effizient und kohärent sein. Sie muss ermöglichen, dass die Belange der Jugendlichen in allen Bereichen berücksichtigt werden. Das neue Jugenddekret hat zu einem Paradigmenwechsel geführt. Ab sofort wird Jugendpolitik und -förderung von der Regierung der DG als eine Querschnittsaufgabe verstanden, und der fachübergreifende Strategieplan ist ein wichtiges Steuerungsinstrument dieser neuen Politikgestaltung. Ziel dieser neuen Jugendpolitik ist es, den tatsächlichen Bedarf der Jugendförderung zu erkennen, um die Situation junger Menschen in der DG zu verbessern. Es muss gewährleistet werden, dass sich die Jugendpolitik an den jeweils aktuellen Bedürfnissen der Jugendlichen orientiert. Dazu wird in jeder Legislaturperiode der Bedarf neu ermittelt.

Abschließend möchte ich es an dieser Stelle nicht versäumen, allen, die an der Entstehung des Jugendstrategieplans beteiligt waren und an seiner Umsetzung mitarbeiten, ein herzliches Dankeschön auszusprechen.

Isabelle Weykmans  
Ministerin

## KAPITEL I EINLEITUNG UND METHODE

I.1.	Definition eines Strategieplans	5
I.1.1.	Schritt 1: Analyse der aktuellen Lebenssituation der Jugendlichen in der DG	6
I.1.2.	Schritt 2: Den Bedarf zur Verbesserung der Lebenssituation Jugendlicher erkennen und adäquate Maßnahmen planen	7
I.1.3.	Schritt 3: Maßnahmen umsetzen	7
I.1.4.	Schritt 4: Evaluation	7
I.2.	2013-2015: Erster Jugendstrategieplan der DG	8

## KAPITEL II: STUDENTAGE ZUR AUSARBEITUNG DES STRATEGIEPLANS 2013-2015

II.1.	Schwerpunkthemen für den ersten Jugendstrategieplan	9
II.2.	Arbeitsmethode zur Erstellung des ersten Jugendstrategieplans	10
II.3.	Beschreibung der Lebenswelt der Jugendlichen: Übersicht der Herausforderungen	12

## KAPITEL III: AKTIONSPLAN 2013-2015

III.1.	Konzertierung	21
III.1.1.	Stellungnahme des Rates der deutschsprachigen Jugend	21
III.1.2.	Überarbeitung des Aktionsplans 2013-2015 aufgrund der RdJ-Stellungnahme	21
III.2.	Definitive Fassung des Aktionsplans zum Jugendstrategieplan 2013-2015	22

## KAPITEL IV: EVALUATION

Evaluation	24
------------	----

## ANLAGEN

Anlage 1:	Vorentwurf des Aktionsplans des Jugendstrategieplans der DG 2013-2015	26
Anlage 2:	Stellungnahme des RdJ zum Aktionsplan 2013-2015	27
Anlage 3:	Überarbeitung des Aktionsplans 2013-2015 durch die Steuergruppe auf Grundlage der RdJ-Stellungnahme	30
Anlage 4:	Zeitplan zur Umsetzung des Jugendstrategieplans der DG 2013-2015	33

# KAPITEL I

## EINLEITUNG UND METHODE

### 1.1.

#### DEFINITION EINES STRATEGIEPLANS

Mit Verabschiedung des neuen Dekrets zur Förderung der Jugendarbeit am 6. Dezember 2011 wurde in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) der Grundstein für eine völlig neue Gestaltung der Jugendpolitik gelegt. Das wichtigste Steuerungsinstrument dieser neuen Politikgestaltung ist der so genannte Jugendstrategieplan. Dazu heißt es in Artikel 4 des Dekrets:

*„Die Regierung verabschiedet für jede Legislaturperiode einen fachübergreifenden Strategieplan und setzt diesen um. Er erfasst die Lebensräume junger Menschen auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft und legt nähere Ziele und Aufgaben fest, die dazu beitragen, die Situation junger Menschen zu verbessern. [...] Die Regierung beteiligt die geförderten Jugendeinrichtungen und den Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie junge Menschen am Erstellen des Strategieplans. Dabei sind auch die Ergebnisse der einmal in jeder Legislaturperiode durch die Regierung zu erstellenden Sachstandanalyse und Evaluierung des vorigen Strategieplans sowie der von den Trägern der Offenen Jugendarbeit zu erstellenden Sozialraumanalysen einzubeziehen [...].“*

Was verbirgt sich nun genau hinter diesem Gesetzesartikel? Die neue Jugendpolitik hat sich zum Ziel gesetzt, den effektiven Bedarf zu erkennen, um die Situation junger Menschen in der DG zu verbessern. Dabei soll konkret in vier Schritten vorgegangen werden:

1. SCHRITT: ANALYSE DER AKTUELLEN LEBENSITUATION JUGENDLICHER IN DER DG

2. SCHRITT: DEN BEDARF ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSITUATION JUGENDLICHER ERKENNEN UND ADÄQUATE MASSNAHMEN PLANEN

3. SCHRITT: MASSNAHMEN UMSETZEN

4. SCHRITT: EVALUATION

Das Ergebnis der Analyse, die Bedarfserhebung sowie die vorgeschlagenen Maßnahmen fließen in den Jugendstrategieplan der DG ein. Dieser Jugendstrategieplan ist aber nicht nur eine Verpflichtung für den zuständigen Jugendminister, sondern für die gesamte Regierung der DG. Somit werden sich zukünftig die erhobenen Schwerpunkte und Bedarfe zur Verbesserung der Lebenssituation Jugendlicher in allen Politikbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wiederfinden.

# 1.1.1.

## SCHRITT 1: ANALYSE DER AKTUELLEN LEBENSITUATION JUGENDLICHER IN DER DG

Wichtig für die Glaubwürdigkeit dieses Unterfangens ist natürlich die Qualität der angestellten Analyse. Hier reicht es nicht mehr, sich auf „gefühlte Bedürfnisse“ der Jugendlichen zu beschränken, sondern diese sollten nachvollziehbar und im besten Fall wissenschaftlich erfasst worden sein. Wie soll diese wissenschaftliche Grundlage aussehen? Der wohl wichtigste Baustein der wissenschaftsbasierten Jugendpolitik der DG ist die Einführung der so genannten Sozialraumanalysen im Rahmen der Offenen Jugendarbeit auf lokaler Ebene.

Konkret sieht die gesetzliche Grundlage vor, dass pro Gemeinde eine Sozialraumanalyse erstellt wird. Dahinter verbirgt sich das Konzept der sozialräumlichen Jugendarbeit. Dies impliziert, dass die Jugendarbeit über die klassische „Betreuungsfunktion“ hinausgeht und den Beteiligten eine aktivere Rolle zugewiesen wird. Jugendarbeit soll anhand sozialräumlicher Konzeptentwicklung gestaltet werden. Diese Konzepte basieren auf der Analyse der Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen sowie auf Bedarfen und Anforderungen an die Jugendarbeit. Konkret soll der Sozialraum unter Zuhilfenahme von vorhandenen Informationen und Daten erschlossen werden. Die Orte und Räume von Kindern und Jugendlichen – ihre Qualitäten, Bedeutungen und Funktionen – werden untersucht und die Lebenswelten von spezifischen Zielgruppen, einzelnen Szenen und Cliques unter die Lupe genommen (z. B. von ausländischen Mädchen,

jüngeren Jugendlichen usw.). Die Fragen lauten etwa: Wie erleben Kinder und Jugendliche ihr Dorf? Welche Qualitäten haben Orte und Räume? Wie sieht die Struktur der Lebensräume bestimmter Zielgruppen aus?

Neben der Verwendung von statistischem Material zur Bevölkerungsstruktur und anderer relevanter Daten des jeweiligen Sozialraums werden in einer Sozialraumanalyse zudem diverse qualitative Methoden der „kleinen“ Feldforschung eingesetzt oder auch Aktionsformen der Jugendarbeit selbst, die nutzbar gemacht werden können (z. B. Videostreifzüge). Es werden Schlüsselakteure befragt, wie Gemeindeverantwortliche, Jugendliche (Alter, Tendenzen,...) und auf Gemeindeebene tätige Vereine und Schulen.

Die Sozialraumanalysen bieten auf gemeinschaftlicher und kommunaler Ebene wertvolle Anhaltspunkte für die Gestaltung der Jugendpolitik. In ihrer Gesamtheit bilden die erstellten Sozialraumanalysen die Hauptgrundlage für die Erstellung des Jugendstrategieplans. Darüber hinaus werden die Resultate der Sozialraumanalysen in die Konzepte der Offenen Jugendarbeit einfließen und somit auch in die Leistungsaufträge. Daneben dienen weitere Datenerhebungen wie bspw. der Jugendinfozentren und andere pertinente Studien als Analysebasis für den Jugendstrategieplan. Zudem fußt der Strategieplan auch auf der politischen Schwerpunktsetzung der Regierung.

1 // Vgl. Deinet, Ulrich: Grundlagen und Schritte sozialräumlicher Konzeptentwicklung, in: Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte, hrsg. v. Ulrich Deinet, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft 2005, S. 13.

2 // Vgl. Deinet, Ulrich: Sozialräumliche Orientierung - Mehr als Prävention!, in: deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, Heft 3/2001, S. 117-124.

# 1.1.2.

## SCHRITT 2: DEN BEDARF ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSITUATION JUGENDLICHER ERKENNEN UND ADÄQUATE MASSNAHMEN PLANEN

In einem zweiten Schritt muss die Methode festgelegt werden, wie diese verschiedenen Analyseergebnisse gesammelt, ausgewertet und die entsprechenden Maßnahmen vorgeschlagen werden sollen. Darüber hinaus ist der Jugendsektor an dieser Ausarbeitung zu beteiligen. Für die Erfüllung dieser Aufgaben hat die Regierung eine Steuergruppe eingesetzt, die sich aus den folgenden Vertretern zusammensetzt:

- jeweils ein Vertreter des Ministerpräsidenten und der drei Minister
- jeweils ein Vertreter der Jugendinformationszentren
- ein Vertreter des Jugendbüros
- zwei Vertreter des Jugendrates (einen für die Jugendorganisationen und einen für die Jugendzentren)
- zwei Vertreter des Fachbereichs Jugend des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Konkret ist es also Aufgabe der Steuergruppe, die Ergebnisse der Erhebungen zu sichten, Schwerpunkte zu erkennen und adäquate Maßnahmen vorzuschlagen. Diese Maßnahmen fließen in den so genannten Aktionsplan ein. Die Arbeit der Steuergruppe wird im Anschluss mit dem Jugendsektor konzertiert und die Ergebnisse der Steuergruppe dem zuständigen Fachminister übermittelt. Die Gesamtheit dieser Arbeitsergebnisse (Analyse, Schwerpunkte und Aktionsplan) bildet den Entwurf des Jugendstrategieplans, der letztendlich von der Regierung gutgeheißen werden muss. Abschließend wird der Jugendstrategieplan dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt. Somit wird ersichtlich, dass die Jugend nun zu einer klaren Priorität auf der politischen Agenda wird. Der Jugendstrategieplan ist keine Vereinbarung, sondern eine Verpflichtung und ein klares Engagement der Regierung. Dies ist Teil einer zukunftsweisenden Jugendförderpolitik.

# 1.1.3.

## SCHRITT 3: MASSNAHMEN UMSETZEN

Im Aktionsplan werden die Maßnahmen festgehalten, die während der Laufzeit des Jugendstrategieplans umgesetzt werden. Dabei soll möglichst konkret festgehalten werden, wer an einer Maßnahme beteiligt ist, wie diese umgesetzt werden soll und in welchem Zeitraum. Es wird Aufgabe der Steuergruppe sein, den Projektfortschritt zu begleiten.

Der Aktionsplan sollte wie geplant umgesetzt werden, aber er sollte natürlich auch flexibel an aktuelle Begebenheiten angepasst werden können. Der Aktionsplan ist somit als

dynamisches Instrument zu verstehen. Zu diesem Zweck trifft sich die Steuergruppe mindestens einmal pro Jahr, um den Fortschritt der Umsetzung zu evaluieren und ggf. anzupassen.

Wichtig ist, in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass nicht nur die Erstellung des Jugendstrategieplans, sondern auch die Umsetzung der Maßnahmen fachübergreifend erfolgen soll. Bereits für den ersten Aktionsplan zeichnet sich eine große Vernetzung bei der Projektumsetzung ab.

# 1.1.4.

## SCHRITT 4: EVALUATION

Artikel 4 Absatz 2 des Dekrets macht klare Vorgaben in Bezug auf eine Evaluation des Jugendstrategieplans:

*„Die Regierung beteiligt die geförderten Jugendeinrichtungen und den Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie junge Menschen am Erstellen des Strategieplans. Dabei sind auch die Ergebnisse der einmal in jeder Legislaturperiode durch die Regierung zu erstellenden Sachstandanalyse und Evaluierung des vorigen Strategieplans sowie der von den Trägern der Offenen Jugendarbeit zu erstellenden Sozialraumanalysen einzubeziehen.“*

Zum Ende eines laufenden Jugendstrategieplans ist es die Aufgabe der zuständigen Verwaltungsstelle, eine Sachstandanalyse unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Sozialraumanalysen und einer Evaluation des vorigen Jugendstrategieplans zu erstellen. Auf dieser Grundlage soll der nächste Jugendstrategieplan vorbereitet werden. Auch in diese Arbeit werden die Steuergruppe sowie der Jugendsektor insgesamt einbezogen.

# 1.2.

## 2013-2015: ERSTER JUGENDSTRATEGIEPLAN DER DG

**Das Dekret zur Förderung der Jugendarbeit ist am 6. Dezember 2011 inmitten einer laufenden Legislaturperiode verabschiedet worden. Aus diesem Grund sieht das Dekret einige Übergangsbestimmungen vor, die den ersten Strategieplan 2013-2015 betreffen.**

### > SCHRITT 1:

#### ANALYSE DER AKTUELLEN LEBENSITUATION JUGENDLICHER IN DER DG

Die Analyse der Lebenssituationen erfolgt in Zukunft vor allem auf Grundlage der erstellten Sozialraumanalysen. Die Träger der Offenen Jugendarbeit müssen die Sozialraumanalysen bis zum 30. April des Jahres einreichen, in dem die Wahlen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattfinden. Da das neue Jugenddekret am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, bedeutet dies, dass die ersten Sozialraumanalysen bis zum 30. April 2014 bei der Regierung einzureichen sind. Daher wurde für den ersten Jugendstrategieplan die Übergangsbestimmung in Artikel 80 des Dekretes vorgesehen, dass dieser noch nicht auf den zu erstellenden Sozialraumanalysen basiert. Neben den Sozialraumanalysen sieht das Dekret vom 6. Dezember 2011 noch eine Reihe weiterer Instrumente vor, die die Grundlage der wissensbasierten Jugendpolitik der DG bilden: die Berichte zum Wirksamkeitsdialog der Jugendorganisationen, die Beiträge der Jugendinformationszentren zur wissensbasierten Jugendpolitik durch die Erfassung und Aufbereitung vorhandenen Wissens in Bezug auf Jugendliche und Jugendinformation, die anonymisierten Daten, die das Jugendbüro den Behörden zur Verfügung stellen muss, die Auswertungsberichte der Jugendkommission sowie weitere relevante Studienberichte.

In Ermangelung der Sozialraumanalysen wurde der erste Jugendstrategieplan auf Grundlage anderer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Jugenddekrets bekannter Datenerhebungen zur Lebenssituation Jugendlicher in der DG entwickelt: Die Berichte der Streetworkerin der DG, die Empfehlungen der Zukunftskonferenz zum Thema Jugendhilfe und der Bericht zur KFN-Studie „Gewalterfahrungen und Medienkonsum bei Jugendlichen in der DG“ haben gezeigt, dass Handlungsbedarf in den Bereichen Gewaltprävention, Gerechtigkeit (gerechter Zugang und Chancengerechtigkeit) und Recht auf besondere Hilfe bzw. Förderung

für junge Menschen mit vielfältiger Problembelastung besteht. Schlussfolgernd hat die Regierung daher beschlossen, dass der Strategieplan 2013-2015 in Anlehnung an den Titel des Zukunftsprojektes „Jugend ist Zukunft“ unter dem Motto: „Zukunft für alle jungen Menschen – Benachteiligte junge Menschen in den Fokus“ stehen soll. Aufgrund der politischen Schwerpunktsetzungen in den Strategiepapieren REK („Regionales Entwicklungskonzept 2025“) und LAP („Laufendes Arbeitsprogramm“) hat die Regierung die beiden folgenden Schwerpunktthemen beschlossen:

- *Zielgruppengerichtete Maßnahmenplanung für junge Menschen mit vielfältiger Problembelastung*
- *Gewaltbereitschaft bei jungen Menschen.*

### > SCHRITT 2:

#### DEN BEDARF ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSITUATION JUGENDLICHER ERKENNEN UND ADÄQUATE MASSNAHMEN PLANEN

Bei der Planung der Maßnahmen war zu beachten, dass der erste Jugendstrategieplan über eine verkürzte Laufzeit verfügt: Er soll laut Artikel 80 des o.e. Dekretes am 30. September 2012 veröffentlicht werden und lediglich drei Jahre lang – von 2013-2015 – gültig sein. Angesichts dieses kurzen Zeitfensters war es wichtig, dass in den Aktionsplan klar umrissene, praxisbezogene Projekte einfließen, die innerhalb von drei Jahren auch glaubwürdig und effektiv umgesetzt werden können.

Der erste Jugendstrategieplan besteht zum einen aus einer Analyse der Lebenswelten von Jugendlichen in der DG und zum anderen aus einem Aktionsplan mit sieben praxisorientierten Maßnahmen. Bei der Analyse der Lebenswelten (vgl. hierzu Kapitel II) fällt auf, dass zahlreiche der aufgeworfenen Problemfelder bereits in den beiden wichtigsten politischen Strategiepapieren der Regierung der DG für die Legislaturperiode 2009-2014, dem REK und/oder LAP, aufgegriffen wurden und schon konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Missstände vorgesehen wurden. In diesem Fall begnügt sich der vorliegende Jugendstrategieplan damit, im Rahmen der Analyse auf diese Themen hinzuweisen und den Verweis zur entsprechenden Maßnahme des REK's oder LAP's zu geben. Daher ist der erste Jugendstrategieplan auch komplementär zum REK und LAP konzipiert worden.



# KAPITEL II: STUDENTEN TAGE ZUR AUSARBEITUNG DES STRATEGIEPLANS 2013-2015

## II.1.

### SCHWERPUNKTTHEMEN FÜR DEN ERSTEN JUGENDSTRATEGIEPLAN

Am 10. November 2011 hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die beiden folgenden Schwerpunktthemen des Jugendstrategieplans 2013-2015 festgelegt:

ZIELGRUPPENGERICHTETE  
MASSNAHMENPLANUNG FÜR JUNGE  
MENSCHEN MIT VIELFÄLTIGER  
PROBLEMBELASTUNG

GEWALTBEREITSCHAFT  
BEI JUNGEN MENSCHEN.

Zu Rate gezogen wurden die demoskopische DG-Befragung 2011, die Berichte der Streetworkerin, die Empfehlungen der Zukunftskonferenz zum Thema Jugendhilfe und die KFN-Studie „Gewalterfahrungen

und Medienkonsum bei Jugendlichen in der DG“.

Die Auswertung der 2011 durchgeführten demoskopischen Befragung in der DG hatte beispielsweise aufgezeigt, dass den Befragten der Altersgruppe „16-30 Jahre“ das Thema „Gerechtigkeit“ sehr wichtig ist (69% messen diesem Wert sehr große Bedeutung und 30% große Bedeutung zu). Aus den Berichten der Streetworkerin, den Empfehlungen der Zukunftskonferenz zum Thema Jugendhilfe und dem Vorbericht zur KFN-Studie ist zudem hervorgegangen, dass Handlungsbedarf in den Bereichen Gewaltprävention, Gerechtigkeit (gerechter Zugang und Chancengerechtigkeit) und Recht auf besondere Hilfe bzw. die Förderung junger Menschen mit vielfältiger Problembelastung besteht. Daher - auch in Anlehnung an die Schwerpunktsetzung der Regierung im ersten REK-Umsetzungsplan und im LAP - die Festlegung auf die Themen: Multiproblembelastung und junge Gewalttäter.

# 11.2.

## ARBEITSMETHODE ZUR ERSTELLUNG DES ERSTEN JUGENDSTRATEGIEPLANS

Nach Verabschiedung der Schwerpunktthemen hat sich eine Steuergruppe mit der Ausarbeitung bzw. Festlegung von konkreten Maßnahmen befasst, die während der Laufzeit des Jugendstrategieplans 2013-2015 umgesetzt werden sollen.

Die Steuergruppe hat am 22. Dezember 2011 unmittelbar nach Verabschiedung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 ihre Arbeit aufgenommen. Die erste Steuergruppe setzte sich aus den folgenden Personen zusammen:

### DIE STEUER- GRUPPE:

JEWELS EIN VERTRETER  
DER VIER KABINETTE:  
Frau Sabrina Goenen (Kabinett Weykmans)  
Herr Franz Melchior (Kabinett Paasch)  
Herr Marco Zinnen (Kabinett Mollers)  
Herr Daniel Niessen (Kabinett Lambertz)

JEWELS EIN VERTRETER  
DER JUGENDINFORMATIONSZENTREN  
Herr Jan Hilgers  
(Jugendinformationszentrum St. Vith)  
Herr David Langela (Infotreff Eupen)

EIN VERTRETER  
DES JUGENDBÜROS  
Frau Irene Engel

ZWEI VERTRETER  
DES FACHBEREICHS JUGEND  
DES MINISTERIUMS DER  
DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT.  
Frau Carmen Xhonneux  
Frau Sabine Herzet

ZWEI VERTRETER  
DES JUGENDRATES  
(EINER FÜR DIE JUGENDORGANISATIONEN  
UND EINER FÜR DIE JUGENDZENTREN)  
Herr Tom Rosenstein  
(Jugendheim Raeren)  
Frau Inga Werding  
(Katholische Landjugend Ostbelgien)

Ausgehend von den beiden Schwerpunktthemen des Jugendstrategieplans 2013-2015 „Zielgruppenorientierte Maßnahmenplanung für junge Menschen mit vielfältiger Problembelastung“ und „Gewaltbereitschaft bei jungen Menschen“ wurden eine Reihe von Einrichtungen um Impulsreferate im Rahmen von zwei Fachtagungen gebeten. Im Rahmen dieser Vorträge wurden hauptsächlich die Arbeit der Organisationen und ihre gesammelten Erfahrungen zur Situation in der DG

erläutert. Die Referenten konnten zudem Vorschläge für adäquate Maßnahmen aus ihrer Sicht unterbreiten. So konnten die Mitglieder der Steuergruppe sich ein sehr konkretes Bild der herrschenden Probleme im Zusammenhang mit Multiproblembelastung und Gewaltbereitschaft bei jungen Menschen machen. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit zum direkten Austausch mit Fachleuten aus der DG.

### AN ZWEI STUDENTAGEN (29. FEBRUAR UND 8. MÄRZ 2012) SIND NEUN IMPULSREFERATE GEHALTEN WORDEN:

#### IMPULSREFERATE VOM 29. FEBRUAR 2012

VORSTELLUNG DER KFN-STUDIE	FRAU SABRINA SERENI (AUTONOME HOCHSCHULE)
STREETWORK	FRAU ANDREA ZOISSL (JUGENDBÜRO)
NETZWERK SÜD	FRAU INGRID HAHN-LENTZ (TEILZEITUNTERRICHT)
	HERR PIERRE VLIAGEN (WOHNRAUM FÜR ALLE)
	FRAU ANGELIKA JOST (SOBAU)
	FRAU SARAH HECK (JUGENDPSYCHIATRIE)
	FRAU PETRA DROSSON (ÖSHZ BÜTGENBACH)
MEDIENKONSUM	FRAU GABY ZEIMERS UND FRAU RITA BERTEMES (MEDIENZENTRUM)

#### IMPULSREFERATE VOM 8. MÄRZ 2012

TEILZEITUNTERRICHT	FRAU INGRID HAHN-LENTZ (ST. VITH), FRAU KARIN WOLF (EUPEN) UND HERR LINO PANKERT
PMS-ZENTRUM DER DG	HERR TONI WEBER
PRISMA	FRAU RUTH DRIESSEN
JUSTIZHAUS EUPEN	FRAU DIANA RAUW
ÖSHZ RAEREN	FRAU VIVIANE LEFFIN

Im Anschluss nahmen die Mitglieder der Steuergruppe eine Analyse der Inhalte der Impulsreferate vor. Dabei wurden einerseits die vorherrschenden Problemfelder aufgezeigt und andererseits entsprechende konkrete

Maßnahmen zur Abhilfe ausgearbeitet. Die Sammlung dieser Maßnahmen mündete nach einer weiterführenden Analyse durch die Steuergruppe in dem Aktionsplan 2013-2015.

# 11.3.

## BESCHREIBUNG DER LEBENSWELT DER JUGENDLICHEN: ÜBERSICHT DER HERAUSFORDERUNGEN

Im Folgenden ist die Übersicht der anlässlich der Fachtagungen aufgezeigten Problemfelder und des sich daraus abzeichnenden Handlungsbedarfs abgebildet. Dieser Auflistung liegen hauptsächlich die Beschreibungen der Lebenswelten von Jugendlichen mit vielfältiger Problembelastung oder Gewaltbereitschaft zugrunde, so wie sie von den Fachleuten verschiedener Sozialdienste, die anlässlich der Fachtagungen Impulsreferate gehalten haben, in ihrer täglichen Praxis erfahren werden. Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder auf umfassende Darstellung der Lebenslage der betroffenen Jugendlichen

in der DG, hat aber für die Steuergruppe eine sehr wertvolle Hilfestellung bei der Entwicklung des Aktionsplans 2013-2015 gebildet.

Da bereits zahlreiche der in der folgenden Analyse aufgeworfenen Problemfelder in Maßnahmen des REK und des LAP behandelt werden, begnügt sich der vorliegende Jugendstrategieplan in diesem Fall damit, im Rahmen der Analyse der Lebenswelten von Jugendlichen auf diese Themen hinzuweisen und den Verweis zur entsprechenden Maßnahme des REK oder LAP zu geben.

## PROBLEMFELDER UND MASSNAHMEN:

THEMA: CASE MANAGEMENT			
Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
Streetwork, Netzwerk Süd, Teilzeitunterricht, PMS-Zentrum, ÖSHZ Raeren	Aufgrund von vermehrter multipler Problembelastung bei Jugendlichen gestaltet sich die Weiterleitung von Jugendlichen an Institutionen schwierig: „Bei welchem Problem fange ich an?“. Zudem funktioniert die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Trägern nicht immer reibungslos. Es fehlt oftmals an regelmäßigem Austausch. Es ist wichtig, die Zusammenarbeit der Dienste zu optimieren, um gemeinsam eine dem Bedarf des Jugendlichen angepasste Hilfe zu organisieren.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Implementierung des Case-Management</li> <li>- Stärkung und Förderung eines Netzwerkes</li> <li>- Übersicht der Organisationen, die zur Förderung des sozialen Zusammenhales beitragen</li> </ul>	<p>REK: „Vielfalt erwünscht“ - Implementierung von Case Management</p> <p>REK: „Gerechter Zugang zu Bildung“: Modernisierung und Neustrukturierung der PMS- und Gesundheitszentren sowie der kinder- und jugendunterstützenden Sozialdienste mit dem Ziel einer Bündelung der Kräfte von bereits bestehenden Diensten, Ausarbeitung der inhaltlichen und rechtlichen Grundlagen zur Schaffung eines neuen integrierten Dienstangebots bis Ende der Legislaturperiode (Juni 2014)</p>

## THEMA: STREETWORK

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
Streetwork, Netzwerk Süd	<p>Streetwork hat in den letzten Jahren einen Anstieg an Nachfragen nach Einzelbetreuung (von 40% zu 70%) festgestellt. Zudem hat sich die Komplexität der Probleme verschärft. Daher sind manche Jugendliche kaum weiterzuvermitteln und es ist oftmals eine langwierige Betreuung erforderlich. Derzeit weisen von den 120 pro Jahr betreuten Jugendlichen etwa 75% eine Multiproblembelastung auf, bei 10% liegt ein Gewaltproblem vor. Mehr als 120 Jugendliche kann ein Streetworker nicht betreuen. Es gibt jedoch einen Bedarf darüber hinaus. Bei Jugendlichen mit Multiproblembelastung bildet die individuelle, niedrighschwellige, aufsuchende Jugendhilfe der Streetworkerin einen sehr guten Ansatz.</p> <p>Aufgrund der sehr hohen Nachfrage nach Einzelfallhilfe musste die Streetworkerin die Gruppenbetreuung zurückfahren, die aber v.a. für 12-15jährige wichtig ist. Dies ist seit der Einstellung einer zweiten Streetworkerin im Dezember 2011 wieder möglich.</p> <p>Streetwork ist derzeit in Eupen, Lontzen und Kelmis präsent. Das Angebot könnte vielleicht auch auf St. Vith ausgeweitet werden. Streetwork ist in Eupen sehr wichtig, da sich im Norden der DG fast alle Sekundarschulen in Eupen befinden - bis auf die Sekundarschule in Kelmis. Mit Ausnahme der BIB in Büllingen gilt Ähnliches auch für St. Vith im Süden. Ob Streetwork auf andere Gemeinden der DG ausgeweitet werden muss, werden die Sozialraumanalysen 2014 der Offenen Jugendarbeit ergeben.</p>	<p>Einstellung einer zweiten Streetworkerin im Dezember 2011 (LAP). Streetwork ist im urbanen Raum prioritär. Daher ist neben einer Aufstockung der Stellen eher eine Befähigung der Jugendarbeiter zur aufsuchenden Jugendarbeit über spezifische Weiterbildungen ins Auge zu fassen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• LAP: OB 40 PR 11 Projekt 1 -Weiterentwicklung von Streetwork</li> </ul> <p>Jugendstrategieplan: Aktionsplan 2013-2015, Aktion 2</p>

## THEMA: PERSPEKTIVLOSIGKEIT

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
ÖSHZ Raeren, Streetwork, Teilzeitunterricht	<p>Bei Jugendlichen mit Multiproblembelastung ziehen sich häufig schlechte Ausgangsfaktoren (Missbrauch als Kind, niedriges Bildungsniveau, Armut ...) und Perspektivlosigkeit wie ein roter Faden durch die Lebensgeschichten. Diese Jugendlichen befinden sich oftmals in einem Teufelskreis, der etwa durch familiäre Probleme zu Essstörungen, Drogensucht, schulischen Problemen, Aggressivität, Gewaltbereitschaft usw. führt und dann bisweilen in Schulabbrüchen mündet, die dann schwerwiegende Probleme nach sich ziehen wie Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, Probleme mit der Justiz,... . Zudem ist feststellbar, dass Armut sich verstärkt „vererbt“; d.h. oftmals beantragen Jugendliche das Eingliederungseinkommen, deren Eltern bereits auf die Unterstützung durch das ÖSHZ angewiesen waren.</p> <p>Angesichts der Vielfalt der vorliegenden Probleme können diese nur nach und nach angegangen werden. Generell müssen zunächst die zugrunde liegenden Faktoren aufgearbeitet werden.</p> <p>Dies setzt eine sehr intensive individuelle Auseinandersetzung mit den Jugendlichen voraus, um ihnen zu einer Perspektive verhelfen zu können. Knackpunkt sind dabei oft die schulischen bzw. beruflichen Perspektiven dieser Jugendlichen. Daher sollte eine Verbesserung der schulischen und beruflichen Perspektiven für Jugendliche mit Multiproblembelastung angestrebt werden.</p> <p>Dies würde auch eine langfristige Kostenersparnis bedeuten: Sind Jugendliche mit 18 Jahren arbeitslos, ist das in vielen Fällen eine Prädestination für Arbeitslosigkeit, Armut, psychische Erkrankungen usw. Wird diesen Jugendlichen aber rechtzeitig eine berufliche Perspektive geboten, ergibt sich für die öffentliche Hand langfristig gesehen eine enorme Kostenersparnis.</p>	<p>Diese aufsuchende Jugendarbeit kann in erster Linie über Streetwork geleistet werden. Um dem erhöhten Bedarf an Einzelbetreuung begegnen zu können, ist im Dezember 2011 eine zweite Streetworkerin eingestellt worden.</p> <p>Es sollte ein spezialisiertes Ausbildungs- und Betreuungsangebot für Jugendliche mit multiplen Problemen geschaffen werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• LAP, OB 40 PR 11 Jugend Nr. 1 - Weiterentwicklung Streetwork</li> <li>• REK: Erleichterung der Übergänge am Arbeitsmarkt</li> <li>• Jugendstrategieplan: Aktionsplan 2013-2015, Aktion 3</li> <li>• REK: „Gerechter Zugang zu Bildung“: Modernisierung und Neustrukturierung der PMS- und Gesundheitszentren sowie der kinder- und jugendunterstützenden Sozialdienste mit dem Ziel einer Bündelung der Kräfte von bereits bestehenden Diensten, Ausarbeitung der inhaltlichen und rechtlichen Grundlagen zur Schaffung eines neuen integrierten Dienstangebots bis Ende der Legislaturperiode (Juni 2014)</li> </ul>

## THEMA: ERHÖHUNG DER SOZIALKOMPETENZ DER JUGENDLICHEN

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
Autonome Hochschule (KFN-Studie), Streetwork, Netzwerk Süd	<p>Oftmals stellen die Sozialdienste fest, dass es Jugendliche mit Multiproblembelastung zunehmend an grundlegender Sozialkompetenz mangelt. Darin liegt wiederum teilweise die Ursache für Probleme mit Schule oder Arbeitgeber begründet. Die KFN-Studie hat beispielsweise gezeigt, dass 25% der Jugendlichen als hoch ausländerfeindlich eingestuft werden.</p> <p>Ein weiteres wichtiges Thema ist der Umgang mit Konsumgütern. Diese erscheinen sozial schwächeren Familien umso verlockender, so dass viele Betroffene sich erheblich verschulden.</p> <p>Durch mangelnde Sozialkompetenz verschlimmert sich die Situation der Jugendlichen oftmals und verhindert andererseits das Entwickeln realistischer Perspektiven. Grundlegende Fertigkeiten wie Umgang mit Geld, friedliche Konfliktlösung, Erlernen von Frustrationspotential, Höflichkeit, Fleiß, Rechte und Pflichten usw. müssen neu erlernt werden. OIKOS bietet seit 2010 Trainings zur Erhöhung der Sozialkompetenz an und die Jugendhilfe organisiert in Kooperation mit externen Partnern punktuell Angebote.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterbildungen, um Jugendliche im Umgang mit Geld zu schulen sowie weitere Weiterbildungen zur Erhöhung der Sozialkompetenz</li> <li>- Sozialtraining in Schulen</li> <li>- Erstellung eines Sozialkompetenzkatalogs, der in Lehrerbildung, Animatoren- und Trainerausbildung eingebracht werden könnte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• LAP: OB 50 PR 14 Projekt 3 - Förderung der Sozialkompetenz von Jugendlichen</li> <li>• REK: „Gerechter Zugang zu Bildung“: Modernisierung und Neustrukturierung der PMS- und Gesundheitszentren sowie der kinder- und jugendunterstützenden Sozialdienste mit dem Ziel einer Bündelung der Kräfte von bereits bestehenden Diensten, Ausarbeitung der inhaltlichen und rechtlichen Grundlagen zur Schaffung eines neuen integrierten Dienstleistungsangebots bis Ende der Legislaturperiode (Juni 2014)</li> </ul>

## THEMA: JUNGE ELTERN

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
Justizhaus Eupen	Die Dienste verzeichnen einen Anstieg sehr junger Elternpaare in prekärer Situation, die mit der Elternrolle überfordert sind. Sinnvoll wäre ein Angebot von entsprechenden Orientierungshilfen. Die ASL organisiert derzeit Elterntrainings.	Elternschulung, beispielsweise könnten Eltern von Neugeborenen über den Dienst für Kind und Familie ein Informationspaket „Erziehung“ erhalten.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• LAP: OB 50 PR 14 Projekt 2 - Ausbau der aufsuchenden und „niederschweligen“ Hilfen für Familien mit erheblichen Erziehungsproblemen</li> </ul>

# PROBLEMFELDER UND MASSNAHMEN!

## THEMA: UNTERKÜNFTE

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
Justizhaus Eupen, ÖSHZ Raeren, Streetwork, Netzwerk Süd, PRISMA	<p>Nahezu alle Sozialdienste stehen vor der Schwierigkeit, Jugendliche in Notsituationen kurzfristig unterzubringen. Dabei zeigt sich ein Unterschied zwischen den Süd- und den Nordgemeinden der DG: Im Süden der DG fehlen die Unterkünfte für Jugendliche mit Gewaltproblematik. Es gibt fast kein spezialisiertes Angebot. Im Norden der DG hingegen fehlt es vor allem an günstigen Mietwohnungen.</p> <p>Es gibt oft einen Teufelskreis, wenn Obdachlosigkeit und Armut vorliegen, da diese wiederum zu delinquentem Verhalten führen können. Bestehende Betreuungsunterkünfte stehen Jugendlichen mit Drogenproblem oder Sexualstraftätern nicht offen. Daher ist die Schaffung adäquater niederschwelliger kurzfristiger Unterbringungsmöglichkeiten von Jugendlichen erforderlich.</p>	<p>Eine Alternative könnte eine Notaufnahmewohnung eines ÖSHZ oder ein ständig reserviertes Bett in einer Jugendherberge sein. In diesem Fall wäre aber zusätzlich zur Unterkunft auch die Begleitung der Jugendlichen in irgendeiner Form zu gewährleisten.</p> <p>Im Eupener Raum könnte zudem ein Angebot wie „Wohnraum für alle“ geschaffen werden.</p> <p>Die Thematik der kurzfristigen Unterbringung Jugendlicher wird Gegenstand eines runden Tisches sein, der derzeit vom Fachbereich Soziales des Ministeriums vorbereitet wird.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• LAP: OB 50 PR 14 Projekt 4 - Unterbringung schwer vermittelbarer Jugendlicher</li> </ul>

## THEMA: VERSTÄRKUNG DER AUFSUCHENDEN ARBEIT DER PMS-ZENTREN

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
PMS-Zentrum (Anmerkung der Steuergruppe während des Vortrags)	<p>Wichtig ist die räumliche Nähe der PMS-Zentren zu den Schulen. Die aufsuchende Arbeit müsste – vielleicht auch auf den familiären Bereich – ausgeweitet werden. Eine Schwierigkeit besteht darin, dass Familien Hilfsangebote ablehnen.</p> <p>Notwendig ist eine Verbesserung der räumlichen Unterbringung der PMS-Zentren, um durch die Nähe zur Schule die persönliche Betreuung der Schüler zu gewährleisten. Eine große Verbesserung verspricht in diesem Zusammenhang das PPP-Projekt.<sup>3</sup></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einführung von Sprechstunden für Eltern</li> <li>- Verstärkung der Präsenz in Schulen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• REK: „Gerechter Zugang zu Bildung“: Modernisierung und Neustrukturierung der PMS- und Gesundheitszentren sowie der kinder- und jugendunterstützenden Sozialdienste mit dem Ziel einer Bündelung der Kräfte von bereits bestehenden Diensten, Ausarbeitung der inhaltlichen und rechtlichen Grundlagen zur Schaffung eines neuen integrierten Dienstangebots bis Ende der Legislaturperiode (Juni 2014)</li> </ul>

## THEMA: MASSNAHMEN DER JUGENDHILFE AUSWEITEN

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
ÖSHZ, Netzwerk Süd	<p>Mit Erreichen des 18. Lebensjahrs ist im Prinzip das ÖSHZ zuständig. Mit dem Erwachsenwerden lösen sich die Probleme der Jugendlichen, die bis dahin von der Jugendhilfe begleitet worden sind, aber oftmals nicht von alleine. Die ÖSHZ's - vor allem in den größeren Gemeinden - können aber kaum eine engmaschige Begleitung der Jugendlichen leisten. Die Maßnahmen der Jugendhilfe sind bis zur Volljährigkeit zugänglich und auf Antrag sogar bis zum 21. Lebensjahr. Es zeichnet sich aber in einigen Fällen auch ein Bedarf darüber hinaus ab. Die Maßnahmen sind unter anderem deshalb begrenzt, weil sie einen verpflichtenden Charakter haben, der mit Erreichen der Volljährigkeit nicht so ohne weiteres fortgesetzt werden kann. Die DG ist die einzige Gemeinschaft des Landes, die überhaupt eine Verlängerung bis 21 Jahren ermöglicht. Flandern verlängert höchstens bis 20 und die Französische Gemeinschaft überhaupt nicht. Im März 2012 hat in Folge des Jugendhilfeforums im Parlamentsausschuss eine Anhörung mehrerer Organisationen stattgefunden, unter anderem zu der Frage, ob eine Verlängerung der Maßnahmen bis zum 25. Lebensjahr sinnvoll sei. Seitens der Akteure beurteilt man diese Thematik nicht einheitlich. Von den meisten Organisationen wurde eine Ausweitung nur für Ausnahmefälle als sinnvoll erachtet. Sozialdienste wie OIKOS und SIA bieten Hilfsangebote für über 18jährige an. Daher wäre es auch opportun, die Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und diesen Sozialdiensten zu verbessern. Derzeit wird an der Verbesserung bzw. Schaffung spezifischer Angebote in bestimmten Fällen für Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren gearbeitet.</p>	<p>Verbesserung bzw. Schaffung spezifischer Angebote in bestimmten Fällen für Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• LAP: OB 50 PR 14 Projekt 3 - Förderung der Sozialkompetenz von Jugendlichen</li> <li>• LAP: OB 50 PR 14 Projekt 4 - Unterbringung schwer vermittelbarer Jugendlicher</li> <li>• REK: „Vielfalt erwünscht“ - Implementierung von Case Management</li> <li>• REK: „Gerechter Zugang zu Bildung“: Modernisierung und Neustrukturierung der PMS- und Gesundheitszentren sowie der kinder- und jugendunterstützenden Sozialdienste mit dem Ziel einer Bündelung der Kräfte von bereits bestehenden Diensten, Ausarbeitung der inhaltlichen und rechtlichen Grundlagen zur Schaffung eines neuen integrierten Dienstangebots bis Ende der Legislaturperiode (Juni 2014)</li> </ul>

## THEMA: INFORMATION ÜBER ANGEBOTE DER JUGENDHILFE

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
PMS-Zentrum, Netzwerk Süd, ÖSHZ	<p>Viele Sozialdienste stellen übereinstimmend fest, dass gerade die Familien und Jugendlichen, die die Angebote der Sozialdienste in Anspruch nehmen sollten, nur schwer erreicht werden können. Oftmals liegt eine gewisse Scheu vor, trotz eklatanter Probleme eine Unterstützung in Anspruch zu nehmen - aus Angst vor den möglichen Konsequenzen. Diese Scheu liegt teilweise auch in einer mangelhaften Information über die Angebote und Dienstleistungen begründet, insbesondere der Jugendhilfe. Daher scheint es sinnvoll, im Rahmen der Ausbildung zum Jugendarbeiter oder Sportübungsleiter über die Angebote der Jugendhilfe zu informieren, damit diese aus einer relativ neutralen Position heraus betroffene Eltern ggf. entsprechend weiterleiten können. Darüber hinaus sind diese Informationen für diese Jugendanimatoren im Umgang mit misshandelten Kindern und Jugendlichen von großem Belang.</p>	<p>Es sollte über die Angebote und Dienstleistungen der Jugendhilfe breiter informiert werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jugendstrategieplan: Aktionsplan 2013-2015, Aktion 1</li> </ul>

## THEMA: TEILNAHME AN SCHULAKTIVITÄTEN FÜR KINDER AUS SOZIAL SCHWACHEN FAMILIEN

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
ÖSHZ Raeren, Netzwerk Süd	<p>Die Teilnahme an Schulaktivitäten ist teilweise sehr teuer. Der Schritt, um Mittel zu bitten, bedeutet für Eltern häufig eine Demütigung.</p> <p>Es wäre sinnvoll, kostengünstige Aktivitäten in unmittelbarer Nähe zur Schule zu organisieren oder Angebote mit schuleigenen Mitteln zu tragen.</p> <p>Darüber hinaus stellt sich für Kinder aus sozial schwachen Familien auch das Problem bei der Teilnahme an Freizeitaktivitäten (Sport, Kultur usw.).</p>	Es ist eine Studie zu dem Thema „Was kostet die Schule?“ erstellt worden. Diese wird aber derzeit noch ausgewertet.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• REK: „Gerechter Zugang zu Bildung“</li> <li>- Benachteiligtenförderung</li> </ul>

## THEMA: HÄUSLICHE GEWALT

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
Prisma, Autonome Hochschule (KFN-Studie), Streetwork	<p>Die zuständigen Sozialdienste stellen fest, dass die Nachfrage nach den Unterstützungsangeboten bei häuslicher Gewalt sehr viel stärker in den Nord- als in den Südgemeinden der DG ist. Der Süden der DG ist ländlicher geprägt. Das Tabu, den Familienfrieden zu brechen, ist präsenter als im Norden der DG. Die Bemühungen, ein Beratungsangebot im Süden aufzubauen, wurden eingestellt. Sie seien nicht anonym genug. Betroffene aus den Südgemeinden kommen lieber nach Eupen, um ihre Anonymität zu wahren. Im Eupener Raum wird die Brisanz auch durch die höhere Präsenz unterschiedlicher Kulturen, in denen die Konfrontation zwischen Mann und Frau geläufiger sind, erhöht.</p> <p>Man sollte DG-weit dafür sensibilisieren, dass die Meldung von häuslicher Gewalt – am eigenen Körper oder in der Umgebung – nicht mehr tabuisiert wird.</p> <p>Die Erfahrung von eigenen gewalttätigen Vätern und Müttern kann dazu führen, dass junge Frauen und Männer selber gewalttätig werden. Wenn junge Frauen gewalttätig werden, handelt es sich in vielen Fällen um sehr massive Gewalt. Dies zeigt sich auch in der Arbeit der Streetworkerin.</p> <p>Diesen jungen Frauen sollten andere Verhaltensmuster sowie Alternativen zu Gewalt aufgezeigt werden. Dazu muss auch das Umfeld (wie etwa die Schulen und Freizeitorganisationen) im Umgang mit misshandelten Kindern und Jugendlichen geschult werden.</p> <p>Im Bereich der Familie sind vor allem Erziehungsstile für die Ausbildung von Verhaltensauffälligkeiten (oder deren Vorbeugung) verantwortlich. Eine zentrale Rolle wird dabei der elterlichen Gewaltanwendung zugeschrieben. Angesichts der Ergebnisse der KFN-Studie muss bei Eltern ein stärkeres Bewusstsein für elterliche Gewalt und deren negative Auswirkungen geschaffen werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Sensibilisierungskampagne zur häuslichen Gewalt</li> <li>- Prisma schult Kindergärtner darin, wie man erkennt, dass Kinder oder Jugendliche Gewalt erfahren. Diese Weiterbildung könnte auch für Jugendleiter angeboten werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jugendstrategieplan: Aktionsplan 2013-2015, Aktion 1, 4 und 5</li> </ul>

# PROBLEMFELDER UND MASSNAHMEN!

## THEMA: ANTI-GEWALT-TRAINING FÜR JUGENDLICHE STRAFTÄTER

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
Justizhaus Eupen	<p>Bei Jugendlichen liegt ein sehr hoher Anteil an Straftaten mit Körperverletzung vor. Der Richter verhängt oftmals die Auflage einer „Antigewalt- und Beherrschungstherapie“. Das Justizhaus Eupen stellt jedoch fest, dass es dafür in der DG kaum adäquate Therapiemöglichkeiten gibt. Teilweise finden dann Einzeltherapien beim SPZ statt. Gruppentherapien würden aber ggf. einen effektiveren Rahmen bilden in Form eines Antigewalttrainings (Training zur Bewältigung der Aggressionsprobleme).</p> <p>Daher sollten adäquate Angebote für derartige Trainings für jugendliche Gewalttäter geschaffen werden, die unmittelbar nach der Verkündung der Maßnahme oder der Strafe absolviert werden müssen und können.</p>	Angebote für Erlebnispädagogik für Jugendliche in der DG schaffen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Jugendstrategieplan: Aktionsplan 2013-2015, Aktion 4</li> </ul>

## THEMA: GEWALT UND FREIZEITORGANISATIONEN

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
Autonome Hochschule (KFN-Studie)	<p>Die KFN-Studie hat aufgezeigt, dass ein im deutschen Vergleich hoher Anteil der männlichen Jugendlichen in Vereinen ein delinquentes Verhalten vorweist. So geben 34,7% der Jugendlichen in Jugendvereinigungen und 27,6% der Jugendlichen in Sportvereinen an, schon mal Gewalt ausgeübt zu haben.</p> <p>Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass aus diesen Zahlen nicht abzuleiten ist, dass die Mitgliedschaft in einem Verein zu Gewalttätigkeit führt. Allerdings zeigen die Zahlen, dass ein verhältnismäßig hoher Anteil an Jugendlichen mit Gewaltbereitschaft in den Vereinen vertreten ist, so dass den Vereinsverantwortlichen eine wichtige Funktion bei der Sensibilisierung dieser Jugendlichen zukommt. Die Trainer und Jugendleiter benötigen die entsprechenden Instrumente für einen adäquaten Umgang mit diesen Jugendlichen.</p>	Über die Jugendkommission sollen für Jugendarbeiter, Jugendleiter und Sporttrainer Weiterbildungsmodulare zur Gewaltprävention angeboten werden	<ul style="list-style-type: none"> <li>Jugendstrategieplan: Aktionsplan 2013-2015, Aktion 1</li> </ul>

# PROBLEMFELDER UND MASSNAHMEN!

## THEMA: MEDIENKOMPETENZ

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
Autonome Hochschule (KFN-Studie), Medienzentrum der DG	<p>Die KFN-Studie hat aufgezeigt, dass vor allem Kinder und Jugendliche aus prekären Verhältnissen im Vergleich zu Altersgenossen über viele Geräte wie Fernseher, Spielkonsole usw. verfügen und somit häufiger die Möglichkeit haben, Medien zu konsumieren, die nicht ihrem Alter entsprechen und die Gewaltbereitschaft steigern können.</p> <p>Das Medienzentrum verfügt über eine große Bandbreite an möglichen Projekten zum Thema „Gewalt in den Medien“. Benachteiligte Jugendliche und Familien finden aber meistens nicht den Weg ins Medienzentrum. Diese können eher von Schulen und Jugendeinrichtungen erreicht werden. Das Medienzentrum kann in erster Linie für Institutionen Angebote und Fachreferenten rund um das Thema Medienkompetenz anbieten.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Sensibilisierungskampagne zum Thema „Gewalt in den Medien“</li> <li>- rahmenplanorientierter Leitfaden zur Informations- und Medienkompetenz und Handreichung (Fachbereich Pädagogik)</li> <li>- Zusatzausbildung und Weiterbildungen zur Informations- und Medienkompetenz an der Autonomen Hochschule auf Grundlage des rahmenplanorientierten Leitfadens zur Informations- und Medienkompetenz unter Federführung der AHS voraussichtlich ab September 2013-2014, insofern finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung stehen</li> <li>- Angebot von Child Focus, ihre Internetseite bereit zu stellen und Infoveranstaltungen für Eltern und alle, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zum Umgang mit neuen Medien anzubieten. Start September 2012</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jugendstrategieplan: Aktionsplan 2012-2014 Aktion 6</li> <li>• LAP OB30 PR11 - Pädagogik - 6 Pädagogische und didaktische Mittel</li> <li>• LAP OB30 PR11 - Pädagogik - 6 Pädagogische und didaktische Mittel</li> <li>• REK: „Gerechter Zugang zu Bildung“: Modernisierung und Neustrukturierung der PMS- und Gesundheitszentren sowie der kinder- und jugendunterstützenden Sozialdienste mit dem Ziel einer Bündelung der Kräfte von bereits bestehenden Diensten, Ausarbeitung der inhaltlichen und rechtlichen Grundlagen zur Schaffung eines neuen integrierten Dienstangebots bis Ende der Legislaturperiode (Juni 2014)</li> </ul>

## THEMA: MOBBING

Vortrag der Fachtagung	Beschreibung	Angedachte Maßnahmen	DG-Maßnahmen
Autonome Hochschule (KFN-Studie), Medienzentrum der DG	Die KFN-Studie hat ergeben, dass nahezu die Hälfte der Jugendlichen angibt, von einem anderen Schüler gemobbt worden zu sein.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Präventionsbörse zum Thema Mobbing und Cybermobbing organisieren (u.a. Vorstellen von Best Practices wie der Initiative „Wo der Spaß aufhört ...“ des Instituts für Medienpädagogik Bayern)</li> <li>- Planung von konkreten Präventionsmaßnahmen in Schulen ab dem Schuljahr 2013-2014 unter anderem ggf. Erweiterung des KoPs-Angebots in Absprache mit der Polizei sowie andere angedachte Projekte voraussichtlich in Partnerschaft unter Federführung des Medienzentrums</li> <li>- Infoveranstaltungen, eine im Norden und eine im Süden zum Thema Cybermobbing</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jugendstrategieplan: Aktionsplan 2013-2015, Aktion 7</li> <li>• LAP OB30 PR11 - Pädagogik - 2 Ausrüstung der Schulen im Rahmen des Projekts „Cyber classes“</li> <li>• REK: „Gerechter Zugang zu Bildung“: Modernisierung und Neustrukturierung der PMS- und Gesundheitszentren sowie der kinder- und jugendunterstützenden Sozialdienste mit dem Ziel einer Bündelung der Kräfte von bereits bestehenden Diensten, Ausarbeitung der inhaltlichen und rechtlichen Grundlagen zur Schaffung eines neuen integrierten Dienstangebots bis Ende der Legislaturperiode (Juni 2014)</li> </ul>



# KAPITEL III: AKTIONSPLAN 2013-2015

In Kapitel II ist die Übersicht der anlässlich der beiden Fachtagungen festgehaltenen Schwerpunkte zur Analyse der Lebenswelten von Jugendlichen mit Multiproblembelastung und/oder Gewaltbereitschaft aufgeführt. In der Übersicht in Kapitel II wurde in der letzten Spalte der Hinweis zur entsprechenden Maßnahme im REK oder LAP gegeben. Die Herausforderungen, die nicht Gegenstand des REK oder LAP waren und für die realistisch im Rahmen eines dreijährigen Aktionsplans sinnvolle Maßnahmen konzipiert werden konnten, sind hingegen in den Vorentwurf des Aktionsplans 2013-2015 eingeflossen.

Es wurden von der Steuergruppe Aktionen zu den folgenden Themen vorgeschlagen:

PERSPEKTIVLOSIGKEIT	VORBEHALTE GEGEN INANSPRUCHNAHME DER ANGEBOTE DER JUGENDHILFE ABBAUEN	MEDIENKOMPETENZ
HÄUSLICHE GEWALT	GEWALT UND FREIZEITORGANISATIONEN	MOBBING IN SCHULEN
ANTI-GEWALT-TRAINING FÜR JUGENDLICHE STRAFTÄTER		

Der Vorentwurf des Aktionsplans 2013-2015 ist der Anlage 1 des vorliegenden Dokumentes angefügt.

## III.1.

### KONZERTIERUNG

Gemäß Artikel 4 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 über die Förderung der Jugendarbeit wurde der Vor-

entwurf des Aktionsplans dem Rat der deutschsprachigen Jugend zur Stellungnahme vorgelegt.

## III.1.1.

### STELLUNGNAHME DES RATES DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND

Der ausgearbeitete Aktionsplan wurde vom Rat der deutschsprachigen Jugend (RdJ) im Verfahren des strukturierten Dialogs von Jugendlichen begutachtet. Der Jugendrat hat seinen Strukturierten Dialog in zwei Phasen zu den Maßnahmen des Aktionsplans durchgeführt. In einer ersten Runde am 12. Mai 2012 wurden Vertreter von Jugendeinrichtungen und individuelle Jugendliche mit den Aktionen konfrontiert und zu diesen befragt. Aus dieser Gesprächsrunde sind diverse Lösungsansätze, Änderungsvorschläge

und Standpunkte hervorgegangen. Diese wurden am 20. Juni 2012 im Rahmen einer zweiten Konsultation aufgegriffen, ausgewertet und umformuliert. An dieser zweiten Phase beteiligten sich ebenfalls Vertreter aus dem Jugendsektor, freie Jugendliche und Schüler aus den Unter- und Oberstufen des Sekundarschulwesens. Außerdem folgten einige Experten aus verschiedenen Fachbereichen der Einladung. Der Wortlaut der abschließenden Stellungnahme des RdJ ist der Anlage 2 des vorliegenden Dokuments zu entnehmen.

## III.1.2.

### ÜBERARBEITUNG DES AKTIONSPANS 2013-2015 AUFGRUND DER RDJ-STELLUNGNAHME

Im Anschluss daran hat die Steuergruppe am 18. Juli 2012 die Stellungnahme des RdJ zum 1. Aktionsplan 2013-2015 zur Kenntnis genommen und den Aktionsplan auf dieser Grundlage angepasst. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Projekte des Aktionsplans im Allgemeinen Anklang gefunden haben und in der Form beibehalten werden konnten. Es sind auf Grundlage der Stellungnahme des RdJ zwei Anpas-

sungen vorgenommen worden. Darüber hinaus sind der Stellungnahme viele interessante Anregungen zur konkreten Umsetzung der Aktionen zu entnehmen. Die Stellungnahme wird den Projektverantwortlichen der verschiedenen Aktionen übermittelt werden. Die vollständige Überarbeitung des Aktionsplans auf Grundlage der RdJ-Stellungnahme ist der Anlage 3 des vorliegenden Dokuments zu entnehmen.

# DER DEFINITIVE AKTIONSPLAN ZUM JUGENDSTRATEGIEPLAN 2013-2015:

AKTION 1		
Beschreibung	Wer?	Wann?
<p>Weiterbildungsmodule „Gewaltprävention“:</p> <p>1. in die Grundausbildung der Jugendleiter und der Sportübungsleiter die Themen „Umgang mit misshandelten Kindern“ und „Angebote der Jugendhilfe“ einfügen;</p> <p>2. Erarbeitung eines Weiterbildungsmoduls zum Thema „Gewalt und Konfliktbewältigung“ (Zielpublikum: Jugendleiter, Übungsleiter, Erzieher, Lehrer usw.)</p>	<p>Jugendkommission und andere Träger, die die Grundausbildung erteilen,</p> <p>„AG Kindesmissbrauch“</p> <p>Fachbereich Jugendhilfe</p> <p>Fachbereich Sport</p> <p>Fachbereich Pädagogik</p> <p>Autonome Hochschule</p> <p>Neuer integrierter Dienst (PMS, Gesundheitszentren, kinder- und jugendunterstützende Sozialdienste)</p>	<p>2015</p>
AKTION 2		
Beschreibung	Wer?	Wann?
<p>Weiterbildungsmodul „aufsuchende Jugendarbeit“ für Jugendarbeiter organisieren. Zu diesem Zweck eine Fachtagung abhalten, die auch Erziehern offen stehen sollte.</p>	<p>Jugendbüro</p>	<p>Frühjahr 2014</p>
AKTION 3		
Beschreibung	Wer?	Wann?
<p>Weiterbildungsmodule „Umgang mit Ängsten Jugendlicher“ und „Zukunftsplanung“ für hauptamtliche Jugendarbeiter organisieren.</p>	<p>Jugendkommission</p> <p>Neuer integrierter Dienst (PMS, Gesundheitszentren, kinder- und jugendunterstützende Sozialdienste)</p>	<p>2014</p>

AKTION 4		
Beschreibung	Wer?	Wann?
Angebote für Erlebnispädagogik für Jugendliche in der DG schaffen: Prüfen, inwiefern in Kooperation mit Worriken pädagogische Angebote zu verschiedenen Themen und Zielgruppen angeboten werden können.	Fachbereich Jugend Fachbereich Sport Worriken Fachbereich Jugendhilfe	Ab 2013

AKTION 5		
Beschreibung	Wer?	Wann?
Sensibilisierungskampagne zum Thema „Häusliche Gewalt“	Fachbereich Jugend Fachbereich Soziales Fachbereich Kommunikation	2013

AKTION 6		
Beschreibung	Wer?	Wann?
Sensibilisierungskampagne zum Thema „Gewalt in den Medien und kritischer Umgang mit Medien“	Medienzentrum	2014

AKTION 7		
Beschreibung	Wer?	Wann?
Präventionsaktion zum Thema „Cyber-Mobbing und Mobbing“ organisieren (u.a. Vorstellen von Best Practices wie die Initiative „Wo der Spaß aufhört ...“ des Instituts für Medienpädagogik Bayern).	Medienzentrum Fachbereich Pädagogik Jugendinfozentren Neuer integrierter Dienst (PMS, Gesundheitszentren, kinder- und jugendunterstützende Sozialdienste) Fachbereich Jugendhilfe	2014



# KAPITEL IV: EVALUATION

Der überarbeitete Jugendstrategieplan 2013-2015 ist von der Regierung der DG am 4. September 2012 verabschiedet und im Anschluss dem Parlament zur Genehmigung übermittelt worden.

Vom 4-Schritte-Modell bleiben nach der Erstellung des Aktionsplans 2013-2015 zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Jugendstrategieplans durch die Regierung die beiden letzten Schritte noch offen:

> SCHRITT 3:  
MASSNAHMEN UMSETZEN

> SCHRITT 4:  
EVALUATION

Wie in Kapitel I beschrieben, wird die Steuergruppe die Umsetzung des Aktionsplans 2013-2015 weiter begleiten. Zu diesem Zweck wird sie sich mindestens einmal pro Jahr treffen, um den Umsetzungsprozess

intensiv zu begleiten, zu evaluieren und ggf. aufgrund aktueller Gegebenheiten Anpassungen vorzunehmen.

Zum Ende eines laufenden Jugendstrategieplans ist es darüber hinaus die Aufgabe der zuständigen Verwaltungsstelle, eine Sachstandanalyse unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Sozialraumanalysen und der Evaluation des vorigen Jugendstrategieplans zu erstellen. Auf dieser Grundlage soll der nächste Jugendstrategieplan vorbereitet werden. Da für den ersten Jugendstrategieplan aufgrund des Inkrafttretens des Dekrets inmitten einer laufenden Legislaturperiode gewisse zeitliche Übergangsbestimmungen gelten, ist eine Evaluation des Strategieplans 2013-2015 nicht möglich. Daher soll der Zwischenbericht (2014) in den zweiten Strategieplan einfließen. Die Evaluation des ersten Strategieplans kann erst 2016 durchgeführt werden. Auch in diese Arbeit soll die Steuergruppe einbezogen werden. Konkret zeichnet sich für den ersten Jugendstrategieplan und die folgenden Strategiepläne der folgende Zeitplan ab:

AUFGABE	1. JUGEND-STRATEGIEPLAN 2013-2015	2. JUGEND-STRATEGIEPLAN 2016-2020	3. JUGEND-STRATEGIEPLAN 2021-2025
Wahlen	/	Frühjahr 2014	Frühjahr 2019
Veröffentlichung Jugendstrategieplan	30.09.2012	01.01.2015	01.01.2020
Einreichen Konzepte der Offenen Jugendarbeit und der Jugendinfozentren	31.03.2012	31.03.2015	31.03.2020
Einreichen Konzepte Jugendorganisationen	31.05.2012	31.05.2015	31.05.2020
Beginn der Umsetzung des Jugendstrategieplans	01.01.2013	01.01.2016	01.01.2021
Ende Umsetzung des Jugendstrategieplans	31.12.2015	31.12.2020	31.12.2025
- Sozialraumanalysen - Zwischenbericht zum laufenden Jugendstrategieplan - Sachstandanalyse - Entwurf des nächsten Jugendstrategieplans	30.04.2014	30.04.2019	30.04.2024
Endbericht zur Umsetzung und Evaluation des Jugendstrategieplans	30.04.2016	30.04.2021	30.04.2026

# ANLAGE 1:

## VORENTWURF DES AKTIONSPLANS DES JUGENDSTRATEGIEPLANS DER DG 2013-2015

AKTION 1		
Beschreibung	Wer?	Wann?
<p>Weiterbildungsmodul „Gewaltprävention“:</p> <p>1. in die Grundausbildung der Jugendleiter und der Sportübungsleiter die Themen „Umgang mit misshandelten Kindern“ und „Angebote der Jugendhilfe“ einfügen;</p> <p>2. Erarbeitung eines Weiterbildungsmoduls zum Thema „Gewalt und Konfliktbewältigung“ (Zielpublikum: Jugendleiter, Übungsleiter, Erzieher, Lehrer usw.)</p>	<p>- Jugendkommission und andere Träger, die die Grundausbildung erteilen.</p> <p>- „AG Kindesmissbrauch“</p> <p>- Fachbereich Sport</p> <p>- Fachbereich Pädagogik</p> <p>- Autonome Hochschule</p>	2015
AKTION 2		
Beschreibung	Wer?	Wann?
<p>Weiterbildungsmodul „aufsuchende Jugendarbeit“ für Jugendarbeiter organisieren. Zu diesem Zweck eine Fachtagung abhalten, die auch Pädagogen und Erziehern offen stehen sollte.</p>	Jugendbüro	Frühjahr 2014
AKTION 3		
Beschreibung	Wer?	Wann?
<p>Weiterbildungsmodul „Umgang mit Ängsten Jugendlicher“ und „Zukunftsplanung“ für hauptamtliche Jugendarbeiter organisieren.</p>	Jugendkommission	2014
AKTION 4		
Beschreibung	Wer?	Wann?
<p>Angebote für Erlebnispädagogik für Jugendliche in der DG schaffen: Prüfen, inwiefern in Kooperation mit Worriken pädagogische Angebote zu verschiedenen Themen und Zielgruppen angeboten werden können.</p>	<p>- Fachbereich Jugend</p> <p>- Fachbereich Sport</p> <p>Worriken</p>	Ab 2013
AKTION 5		
Beschreibung	Wer?	Wann?
<p>Sensibilisierungskampagne zum Thema „häusliche Gewalt“</p>	<p>Fachbereich Jugend</p> <p>Fachbereich Kommunikation</p>	2013
AKTION 6		
Beschreibung	Wer?	Wann?
<p>Sensibilisierungskampagne zum Thema „Gewalt in den Medien“</p>	Medienzentrum	2014
AKTION 7		
Beschreibung	Wer?	Wann?
<p>Präventionsaktionen zum Thema „Cyber-Mobbing und Mobbing“ organisieren (u.a. Vorstellen von Best Practices wie die Initiative „Wo der Spaß aufhört ...“ des Instituts für Medienpädagogik Bayern).</p>	<p>- Medienzentrum</p> <p>- Fachbereich Pädagogik</p> <p>- Jugendinfozentren</p>	2014

# ANLAGE 2:

## STELLUNGNAHME DES RDJ ZUM AKTIONSPLAN 2013-2015

STRUKTURIERTER DIALOG ZUM AKTIONSPLAN 2013-2015  
DURCH DEN RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND  
AM 12. MAI 2012 IN EUPEN UND 20. JUNI 2012 IN RAEREN

„In zwei Phasen hat der Jugendrat seinen Strukturierten Dialog zu den 7 Maßnahmen des Aktionsplans durchgeführt. In erster Runde am 12. Mai wurden Vertreter von Jugendeinrichtungen und individuelle Jugendliche mit den Aktionen konfrontiert und befragt. Aus dieser Gesprächsrunde sind diverse Lösungsansätze, Änderungsvorschläge und Standpunkte hervorgegangen. Diese wurden am 20. Juni im Rahmen einer zweiten Konsultation aufgegriffen, ausgewertet und umformuliert. An dieser zweiten Phase beteiligten sich ebenfalls Vertreter aus dem Jugendsektor, freie Jugendliche und Schüler aus den Unter- und Oberstufen des Sekundarschulwesens. Außerdem folgten einige Experten aus verschiedenen Fachbereichen der Einladung.

Der vorliegende Bericht greift nicht jeden ausgesprochenen Gedanken der beiden Konsultationen auf, sondern präsentiert die Schlussfolgerungen des Strukturierten Dialogs und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Schwerpunktthemen. Der RdJ fungierte als Organisator und Berichterstatter dieses Strukturierten Dialogs. Es ist zu keiner abschließenden Besprechung oder gar Abstimmung in einem Gremium des RdJ gekommen. Dementsprechend sind die im Bericht aufgeführten Positionen nicht zwingenderweise die des RdJ.

Allgemein wird vermerkt, dass die Themen stark miteinander verwoben sind und viele Querverbindungen aufweisen. Einige Vorschläge befinden sich daher unter mehreren Aktionen wieder, was die Umsetzung der Prioritäten vereinfachen könnte.

### AKTION 1

*Weiterbildungsmodule „Gewaltprävention“:*

*- In die Grundausbildung der Jugendleiter und der Sportübungsleiter die Themen „Umgang mit misshandelten Kindern“ und „Angebote der Jugendhilfe“ einfügen;*

*- Erarbeitung eines Weiterbildungsmoduls zum Thema „Gewalt und Konfliktbewältigung“ (Zielpublikum: Jugendleiter, Übungsleiter, Erzieher, Lehrer usw.)*

In einem solchen Weiterbildungsmodul sollen folgende Kernfragen maßgebend sein:

- Wie verhalte ich mich selbst als (Übungs-)Leiter?
- Wie definieren wir „Gewalt“? Wo fängt sie an?

Aufgrund der Wichtigkeit des Themas wäre ein komplettes Weiterbildungswochenende wünschenswert. Diese Art Schulungen erreichen jedoch nicht jeden.

Das Thema „Gewaltprävention“ soll den Jugendlichen näher gebracht werden. Nicht nur Animatoren, sondern auch Lehrer, Erzieher und andere Betreuer sollen einbezogen werden. Durch Bildungseinheiten in der Jugendgruppe, im Verein, in der Schule soll man den Jugendlichen näher bringen, was Gewalt bedeutet, wo sie anfängt, ab wann man von einer Gefährdung ausgehen kann. Hemmschwellen können abgebaut werden, indem man Vertreter von Einrichtungen wie beispielsweise dem Jugendhilfedienst einlädt. Wichtig ist, dass Animatoren, Betreuer und Lehrer befähigt werden, mit entsprechenden Situationen umgehen zu können.

In diesem Kontext ist es bedauerlich, dass Organisationen wie Prisma bisher nur wenig Platz in Kindergärten und Schulen erhalten. Jeder Lehrer sollte auch eine Weiterbildung in diesem Bereich wahrnehmen müssen, denn Lehrer und Erzieher merken oft zuerst wenn Kinder oder Jugendliche missbraucht werden oder Gewalt erfahren.

Jugendliche sowie Experten wünschen sich ein Schulfach wie „Clé / Schlüssel“ in der Oberstufe der Sekundarschule. Vertrauenslehrer und Erzieher werden von den Schülern als nicht bewertende Mitglieder des Personals oder eben neutrale Personen angesehen. Sie sind für die Schüler sehr wichtig und sollten somit eine größere Rolle als Streitschlichter in Schulen einnehmen.

Die Jugendlichen äußerten den Wunsch, zusätzliche Strukturen zu schaffen, die komplementär zu den PMS Zentren arbeiten. Diese sollten den Jugendlichen in Konfliktsituationen zur Seite stehen können.

## AKTION 2

*Weiterbildungsmodul „aufsuchende Jugendarbeit“ für Jugendarbeiter organisieren. Zu diesem Zweck eine Fachtagung abhalten, die auch Pädagogen und Erziehern offen stehen sollte.*

Statt eines Weiterbildungsmoduls zur „aufsuchenden Jugendarbeit“ sollte eine Fortbildung zu „Beratungsgesprächen“ angeboten werden. Im Gespräch mit Jugendarbeitern und Streetworkern wurde klar, dass ein Unterschied zwischen „aufsuchender Jugendarbeit“, „Einzelfallhilfe“ und „Beratung“ besteht. Aufsuchende Jugendarbeit zielt darauf hinaus, eine Beziehung zwischen Jugendarbeiter und Jugendlichen aufzubauen. Wenn sich herausstellt, dass die Probleme, mit welchen der Jugendliche konfrontiert wird, eine individuelle Betreuung erforderlich machen, sollen sich ausgebildete Experten diesem Jugendlichen annehmen. Außerdem kann die Einzelfallhilfe nicht zusätzlich von den Jugendarbeitern gestemmt werden, da sie dies zeitlich kaum einrichten können. Neben der Betreuung von bis zu drei Jugendtreffs, sind die Hauptamtlichen bereits jetzt sehr ausgelastet. Sollte Einzelfallhilfe nötig sein, so können die Jugendtreffs betroffene Jugendliche gezielt zu den Streetworkern weiterleiten.

Prinzipiell ist die Idee einer Weiterbildung gut. Es sollte allerdings darauf geachtet werden, dass die Weiterbildung sowohl aus einem theoretischen als auch aus einem praktisch orientierten Teil besteht. Zudem sollen regelmäßig „Follow-Ups“ organisiert werden.

Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für Streetwork nicht effektiver sei, als das geplante Weiterbildungsmodul. Im Gespräch mit den Streetworkerinnen wurde festgestellt, dass es im Süden der DG aufgrund der geographischen Lage wenig Sinn ergibt dort eine feste Stelle zu schaffen. Es gibt dort zu viele kleinere Ortschaften und Treffpunkte, die abgedeckt werden müssten, was die Arbeit einer einzelnen Person erschweren würde. In den beiden großen Schulzentren St. Vith und Eupen besteht allerdings ein Bedarf an zusätzlichen Streetworkern.

## AKTION 3

*Weiterbildungsmodule „Umgang mit Ängsten Jugendlicher“ und „Zukunftsplanung“ für hauptamtliche Jugendarbeiter organisieren*

Das Angebot muss auf die Eltern, Lehrer und Jugendlichen selbst ausgerichtet werden. Nicht nur Jugendarbeiter sollen davon profitieren. Oft wird die Schule mit dieser Problematik konfrontiert und Lehrer müssen

aufbauend auf die Schüler einwirken. Dafür brauchen sie mehr Wissen darüber, was eine „schlechte Phase“ beim Jugendlichen ist, was sie bewirkt, was sie für Konsequenzen hat und wie man weiterhelfen kann.

Ein solches Weiterbildungsmodul oder eine Fachtagung sollte sich an die breite Öffentlichkeit richten und Betreuern von Jugendlichen vermitteln, mit welchen Tricks in schwierigen Situationen geholfen werden kann. Es ist festgestellt worden, dass es an „Best Practice“ Beispielen mangelt.

Generell wurde angemerkt, dass „Gefühle haben und zeigen“ als nicht zeitgemäß empfunden wird. Die Familie ist der erste Ort, an dem „Gefühle zeigen“ wieder zugelassen werden soll. Deshalb ist es wichtig, auch Eltern mit der Fachtagung zu erreichen. In der heutigen Gesellschaft fehlt es Jugendlichen oft an Bestätigung und Ängste drehen sich nicht immer um die Zukunft. Jugendliche werden häufig auf ihre Defizite aufmerksam gemacht, nicht aber auf ihre Stärken und positiven Seiten.

Es wurde festgehalten, dass das Arbeitsamt seinen psychologischen Umgang mit Jugendlichen verbessern soll. Es wäre gut, wenn ein Jugendarbeiter im Arbeitsamt angestellt würde, der gezielt jugendliche Arbeitssuchende betreut. Die Hauptamtlichen in den Jugendtreffs sind zeitlich bereits sehr ausgelastet und können die Betreuung und Zukunftsplanung von orientierungslosen Jugendlichen nicht alleine bewältigen.

Zudem äußerten die Anwesenden, dass die Zukunftsplanung für Jugendliche schwierig ist, da sich ein junger Mensch noch in einer Entwicklungsphase befindet. Informationen sollten besser zugänglich sein und die Jugendlichen sollten in qualifizierten Einrichtungen wie dem Arbeitsamt optimaler betreut werden.

## AKTION 4

*Angebote für Erlebnispädagogik für Jugendliche in der DG schaffen: Prüfen, inwiefern in Kooperation mit Worriken pädagogische Angebote zu verschiedenen Themen und Zielgruppen angeboten werden können*

Erlebnispädagogik ist eine ideale Methode um Jugendlichen Selbstvertrauen, Umgang mit Gefühlen und Ängsten zu vermitteln. Um ein Angebot in der DG zu entwickeln bedarf es eines pädagogischen Konzeptes, welches von Fachleuten ausgearbeitet und durchgeführt wird. Wenn für die DG ein oder mehrere ausgebildete Pädagogen damit beauftragt werden, können die Angebote im Bereich der Erlebnispädagogik auf die einzelnen Gruppen aus der offenen und organisierten Jugendarbeit je nach Bedarf zugeschnitten werden. Dies ermöglicht eine besondere Schwerpunktsetzung

beispielsweise bei „Gewalttraining“ oder „Teambuilding“. Dafür wird allerdings eine Anlaufstelle benötigt, die je nach Anfrage entsprechende Fachkräfte vermittelt. Bei dieser Anlaufstelle können die verschiedenen Gruppen einen Trainer buchen und das erwünschte Ziel ihrer Aktivität angeben.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, in Zusammenarbeit mit Worriken einen Veranstaltungskalender mit ständigen Angeboten zu entwickeln. Die Jugendlichen hätten somit die Möglichkeit zu festgelegten Terminen an diversen Veranstaltungen teilzunehmen.

Jugendeinrichtungen soll ermöglicht werden, ihre Gruppendynamik durch diese Angebote zu stärken. Um dies umzusetzen entstand die Idee, ein solches „Teambuilding“ als Belohnung von Seiten der DG für eine gute Konzeptarbeit oder gute Projekte einzusetzen. Erlebnispädagogik ist leider sehr kostspielig und nicht jede Jugendgruppe kann sich eine solche Aktivität leisten.

#### AKTION 5

##### *Sensibilisierungskampagne zum Thema „häusliche und elterliche Gewalt“*

Die Experten wissen: Es ist sehr wichtig das Umfeld regelmäßig zu sensibilisieren. Allerdings erscheint der Versuch, innerhalb der Familien zu sensibilisieren, nahezu aussichtslos. Eltern lassen sich nicht in ihre Erziehungsmethoden reinreden. Dessen waren sich auch die anwesenden Jugendlichen sicher. Es ist absolut notwendig, die Bevölkerung aufzuklären, was „Gewalt“ ist, welche Anlaufstellen und verschiedenen Akteure es gibt und was jeder einzelne konkret tun kann, sowohl punktuell, wenn man akute Gewaltsituationen beobachtet, aber auch längerfristig, zur Verbesserung der Lebenssituation der Familien.

Bei der Ausarbeitung der Kampagne sollen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch Eltern und Geschwister teilnehmen. Dies bewirkt eine praxisorientierte und alltagstaugliche Kampagne.

Bei der Idee der Jugendlichen, eine DVD mit Erziehungstipps für junge Eltern zu erstellen, teilten sich die Geister. Die Experten waren der Meinung, dass man Erziehungsfragen nur in persönlichen Gesprächen beantworten kann und sie nicht auf einer DVD vereinbar sind. Alternativ entstanden daher die Ideen einer Broschüre („Tipps für Eltern“, welche wie ein kleines Telefonbuch alle nützlichen Adressen und Anlaufstellen bündelt), oder eines Schulfachs („Clé / Schlüssel“, welcher Jugendliche der höheren Klassen in der Schule auf das Elternsein vorbereitet).

#### AKTION 6

##### *Sensibilisierungskampagne zum Thema „Gewalt in den Medien“*

Das Thema „Gewalt in den Medien“ wurde sowohl von Jugendlichen als auch von Experten als wenig relevant empfunden. Vielmehr sollte sich eine Kampagne „Umgang mit Medien“ der Medienkompetenz junger Menschen und deren Eltern verschreiben.

#### AKTION 7

##### *Präventionsaktionen zum Thema „Cyber-Mobbing und Mobbing“ organisieren (u. a. Vorstellen von Best Practices wie die Initiative „Wo der Spaß aufhört ...“ des Institutes für Medienpädagogik Bayern).*

Die Teilnehmer des Strukturierten Dialogs fanden es absolut sinnvoll und notwendig, den Jugendlichen die Konsequenzen von Mobbing aufzuzeigen, nicht nur die psychischen und offensichtlichen Konsequenzen, sondern auch die rechtlichen. Was kann im Falle einer Anzeige passieren? Cyber-Mobbing kann in jedem Fall zurückverfolgt und der Täter leicht identifiziert werden. Was sind mögliche Strafen? Wo hört der Spaß auf und wo bewege ich mich auf gefährlichem Terrain? Ab wann rutsche ich in Gemeinheiten und Mobbing ab?

Wieder führte der Gedankenaustausch in der Gruppe zu der Notwendigkeit eines Schulfachs zu diesem Thema (Idee „Clé / Schlüssel“ in der Oberstufe beizubehalten). Für Jugendliche wäre es interessant zu erlernen, wie Feedback auf respektvolle Art und Weise gegeben werden kann und sie im Umgang mit anderen Menschen zu schulen.

„Mobbing“ ist das Thema in Schulen. Ständig wird darüber geredet und nach Meinung vieler Jugendlicher „geschwafelt“, sodass den Jugendlichen „das Thema zum Hals heraus hängt“. Trotzdem nimmt das Mobbing ihrer Meinung nach nicht ab – im Gegenteil.

Eine Lösung wäre, das Thema in den Jugendgruppen, in Sportvereinen oder Treffs mittels interaktiver Methoden auf andere Arten zu behandeln. Die Jugendlichen sind empfänglicher für dieses Thema, wenn die Informationen realitätsnah, konkret und verständlich sind. Hierzu müssen allerdings die Jugendeinrichtungen in dieser Methodik geschult werden.“

# ANLAGE 3:

## ÜBERARBEITUNG DES AKTIONSPANS 2013-2015 DURCH DIE STEUERGRUPPE AUF GRUNDLAGE DER RDJ-STELLUNGNAHME

AKTION 1	
Beschreibung	Reaktion der Steuergruppe zur Stellungnahme des RdJ
<p>Weiterbildungsmodule „Gewaltprävention“:</p> <p>1. in die Grundausbildung der Jugendleiter und der Sportübungsleiter die Themen „Umgang mit misshandelten Kindern“ und „Angebote der Jugendhilfe“ einfügen;</p> <p>2. Erarbeitung eines Weiterbildungsmoduls zum Thema „Gewalt und Konfliktbewältigung“ (Zielpublikum: Jugendleiter, Übungsleiter, Erzieher, Lehrer usw.)</p>	<p>- Der Vorschlag des RdJ, Lehrer sollten systematisch eine Weiterbildung erhalten, um schneller erkennen zu können, wenn Schüler Missbrauch oder Gewalt erfahren haben, ist zwar sehr interessant, aber innerhalb der dreijährigen Laufzeit des Aktionsplans nicht realistisch umzusetzen. Die Förderung von Kommunikation in der Klasse bzw. Umgang mit Konfliktsituationen ist bereits jetzt im Rahmen des Bildungsbereichs „Professionelle Identität“ Bestandteil der Kindergärtner- und Primarschullehrererausbildung an der Autonomen Hochschule in der DG. Auch bietet die AHS regelmäßig Weiterbildungen im Bereich „Konfliktbewältigung und Gesprächsführung in der Grund- bzw./Sekundarschule“ an (so auch wieder im 1. Semester 2013) Von verpflichtenden Weiterbildungen für alle Lehrer innerhalb einer dreijährigen Zeitspanne muss jedoch aus organisatorischen Gründen abgesehen werden. Außerdem setzt man im Unterrichtsministerium auf Freiwilligkeit der Lehrer im Rahmen der Weiterbildungen, um keine kontraproduktiven Resultate zu erzielen.</p> <p>- Die Einführung eines speziellen Schulfachs zur Gewaltprävention ist nicht geplant. Derzeit wird eher der Ansatz verfolgt, im Rahmen bestehender Fächer querschnittliche Kompetenzen wie Medienkompetenz u. Ä. zu entwickeln. Im Königlichen Athenäum Eupen ist vor einigen Jahren das Unterrichtsfach „Clés pour l'adolescence“ erteilt worden. Dieser Unterricht ist dem Fachbereich „Pädagogik“ des Ministeriums der DG bekannt, doch scheint sich der Kompetenzzuwachs für die Schüler durch den angesprochenen Unterricht in Grenzen gehalten zu haben. Grundsätzlich lohnt es sich sicherlich, intensiv über die Förderung der personalen und sozialen Kompetenzen nachzudenken. Konkret schwebt dem Fachbereich aber die Erarbeitung einer Handreichung (Leitfaden) zum Thema vor mit Modellen und Ideen zur Förderung der personalen und sozialen Kompetenzen in Grund- und Sekundarschule. PMS-Direktoren, Netzkoordinatoren und -vertreter, das Arbeitsamt und der Fachbereich Pädagogik haben bereits im Rahmen der Implementierung des Rahmenplans „Schulische Berufswahlvorbereitung und –orientierung“ darüber ausgetauscht. Der Punkt ist außerdem für die Tagesordnung der nächsten Arbeitssitzung der Impulsgruppe vorgemerkt. Ein schulintern spiralförmig aufgebautes Gesamtkonzept zur Förderung der personalen und sozialen Kompetenzen (z.B. mit regelmäßigen Workshops vom 1. bis 6./7. Sekundarschuljahr) erscheint dem Fachbereich auf jeden Fall besser als ein Unterricht, der nur in einem Schuljahr und dann nur während einer Unterrichtsstunde erteilt wird.</p> <p>- Das System der Vertrauenslehrer wird von Schule zu Schule sehr unterschiedlich gehandhabt. Oftmals vertrauen sich Schüler Lehrern an, zu denen sie sowieso schon einen guten Draht haben. Eine Übersicht der Ist-Situation liegt derzeit nicht vor. Diese kann aber über die Netzkoordinatoren bzw. -vertreter angefragt werden. Auch dieses Thema wird in der kommenden Arbeitssitzung der Impulsgruppe schwerpunktmäßig erörtert. Eine Sensibilisierungskampagne wird derzeit aber nicht als sinnvoll erachtet. Die Gefahr ist zu groß, dass viel Aufwand betrieben wird, um letztlich nur wenig Wirkung zu erzielen. Ziel muss es vielmehr sein, das Konzept der Vertrauenslehrer strukturell in den Schulen zu verankern. Dies muss in das schulinterne Gesamtkonzept zur Förderung der personalen und sozialen Kompetenzen einfließen.</p> <p><b>&gt;&gt; Ergebnis: Die hervorgehobenen Themen zur Persönlichkeitsentwicklung von Schülern und das System der Vertrauenslehrer werden auch vom zuständigen Fachdienst als wichtig erachtet. Aktuell wird auch an anderen Lösungsansätzen gearbeitet. Die Umsetzung der angeregten Projekte würde sowieso die Laufzeit des aktuellen Aktionsplans überschreiten, so dass diese Projekte für den 2. Strategieplan vorgemerkt werden.</b></p>

## AKTION 2

### Beschreibung

Weiterbildungsmodul „aufsuchende Jugendarbeit“ für Jugendarbeiter organisieren. Zu diesem Zweck eine Fachtagung abhalten, die auch Erziehern offen stehen sollte.

### Reaktion der Steuergruppe zur Stellungnahme des RdJ

- Die „aufsuchende Jugendarbeit“ ist nicht mit Beratung der Jugendlichen bzw. Streetwork zu verwechseln. Mit dem Abhalten der Weiterbildung ist keineswegs die Erwartungshaltung verbunden, dass Jugendarbeiter zusätzlich zu ihren angestammten Aufgaben Streetwork betreiben sollen. Allerdings sollen sie im Rahmen des Weiterbildungsmoduls mit gewissen Techniken der aufsuchenden Jugendarbeit vertraut gemacht werden. Die größte Herausforderung der aufsuchenden Jugendarbeit stellt das Zugehen auf fremde Cliques dar. Das Ansprechen fremder Cliques wird wesentlicher Bestandteil der Erstellung der ersten Sozialraumanalysen sein, die bis zum 31. April 2014 eingereicht werden müssen. Ziel der Weiterbildung ist demnach, dass Jugendarbeiter lernen, im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten auf fremde Cliques zuzugehen. Daher ist auch sinnvoll, die Weiterbildung 2013 abzuhalten. Aufgrund der sehr spezifischen Zielsetzung dieser Weiterbildung (Zugehen auf fremde Cliques) erscheint es wenig sinnvoll, die geplante Fachtagung auch für Lehrer zu öffnen. Hingegen für Erzieher könnten diese Techniken hilfreich sein.

- Die Anregung, die Stellenanzahl „Streetwork“ aufzustocken, käme verfrüht, da Ergebnisse der Sozialraumanalysen abgewartet werden sollten und die erst kürzlich erfolgte Aufstockung erst noch ihre Wirkung zeigen muss. Es scheint aber wahrscheinlich, dass sich vor allem für St. Vith ein Bedarf an Streetwork zeigen wird. Bereits jetzt gebe es zahlreiche Jugendliche, die über das bestehende Beratungsangebot hinaus betreut werden müssten.

**>> Ergebnis: In Aktion 2 wird gestrichen, dass die Fachtagung auch Pädagogen offen stehen soll.**

## AKTION 3

### Beschreibung

Weiterbildungsmodule „Umgang mit Ängsten Jugendlicher“ und „Zukunftsplanung“ für hauptamtliche Jugendarbeiter organisieren.

### Reaktion der Steuergruppe zur Stellungnahme des RdJ

- Die Eigenverantwortung der Jugendlichen darf nicht komplett außen vor gelassen werden. Der Fokus in den Schulen liegt derzeit zu oft auf den Defiziten der Schüler. Ab 2013 soll ein Leitfaden zur Leistungsermittlung und Bewertung implementiert werden, der es ermöglichen wird, Schüler ganzheitlicher zu bewerten und den Fokus der Bewertung auf den Kompetenzzuwachs eines Schülers auszurichten.

- Darüber hinaus besteht bereits jetzt ein von den PMS-Zentren, den Schulträgern und dem Arbeitsamt ausgearbeiteter Leitfaden zur Berufswahlvorbereitung, der verpflichtend in den Schulen umzusetzen ist und der darauf abzielt, die Berufswahlkompetenz der Schüler zu entwickeln. Bei der Berufswahlkompetenz, die die Selbsteinschätzungskompetenz und die Informationskompetenz beinhaltet, handelt es sich um eine überfachliche Kompetenz. In allen Fächern können Schullaufbahn-, Studien- und Berufswahl direkt oder indirekt angesprochen werden. Prädestiniert sind Fächer bzw. Fachbereiche wie Deutsch, Geschichte/Geografie und – in der achtjährigen Grundausbildung – Naturwissenschaften/Technik. Grundsätzlich können aber alle Fächer einen Beitrag zur Entwicklung der Berufswahlkompetenz leisten und so dazu beitragen, dass die Schüler eine für sie passende Berufswahlentscheidung treffen.

- Zudem wurde von einem Mitglied der Steuergruppe der Vorschlag gemacht, in den nächsten Aktionsplan ein Projekt zum Thema „Zukunftsplanung“ aufzunehmen, das die Jugendlichen direkt erreicht. Konkret sollten – ähnlich wie bei der AIDS-Prävention – Experten in 2-3 Unterrichtsstunden den Schülern Tricks mit an die Hand geben, um aus einer Negativ-Spirale ausbrechen zu können; gemäß dem Motto: „Lieber Prävention betreiben, als Eskalation aufkommen zu lassen“. Dadurch würden automatisch auch die Lehrer erreicht. Die Experten sollten Psychologen sein.

- Ein anderes Mitglied der Steuergruppe erwiderte, dass dies die eigentliche Aufgabe der PMS-Zentren sei. Derzeit arbeiteten die PMS-Zentren aber eher auf konkrete Anfrage der Schulen hin. Durch die Reform solle aber erreicht werden, dass die Angebote niederschwelliger würden, damit Schüler die PMS-Zentren als Beratungsangebot erkennen und freiwillig auf die PMS-Zentren zugehen sollen. Der Vorschlag könnte vielleicht in einer späteren Phase als Pilotprojekt gestartet werden.

**>> Ergebnis: Die PMS-Reform wird 2014-2015 abgeschlossen, daher sollte die vorgeschlagene Maßnahme als Schwerpunkt für den zweiten Jugendstrategieplan vorgesehen werden. Dabei sollte aber auch nicht die Verantwortung der Jugendlichen und Eltern außer Acht gelassen werden, daher auch als mögliches Modul für Elterstraining vorsehen.**

AKTION 4	
Beschreibung	Reaktion der Steuergruppe zur Stellungnahme des RdJ
Angebote für Erlebnispädagogik für Jugendliche in der DG schaffen: Prüfen, inwiefern in Kooperation mit Worriken pädagogische Angebote zu verschiedenen Themen und Zielgruppen angeboten werden können.	- Der Vorschlag, Teambuilding als Belohnung für gute Konzeptarbeit zu vergeben, wurde von der Steuergruppe als schwer umsetzbar eingestuft. Es sei schwierig, Projekte zu bewerten und miteinander zu vergleichen.

AKTION 5	
Beschreibung	Reaktion der Steuergruppe zur Stellungnahme des RdJ
Sensibilisierungskampagne zum Thema „häusliche Gewalt“	- Die Steuergruppe erachtet es als schwierig, Gewalt in diesem Rahmen zu definieren und wirft zudem die Frage auf, wie in diesem Rahmen Eltern erreicht werden sollen. Darüber hinaus betreffen die Anregungen vorwiegend die konkrete Umsetzung der Aktion. Die Stellungnahme des RdJ werde den Projektverantwortlichen als Anregung übermittelt. Derzeit werde im Fachbereich Soziales ein Wegweiser mit allen Sozialdiensten ausgearbeitet. Zudem habe im Juni 2012 schon ein Infonachmittag mit allen möglichen DG-Unterstützungsdiensten für Jugendliche stattgefunden.

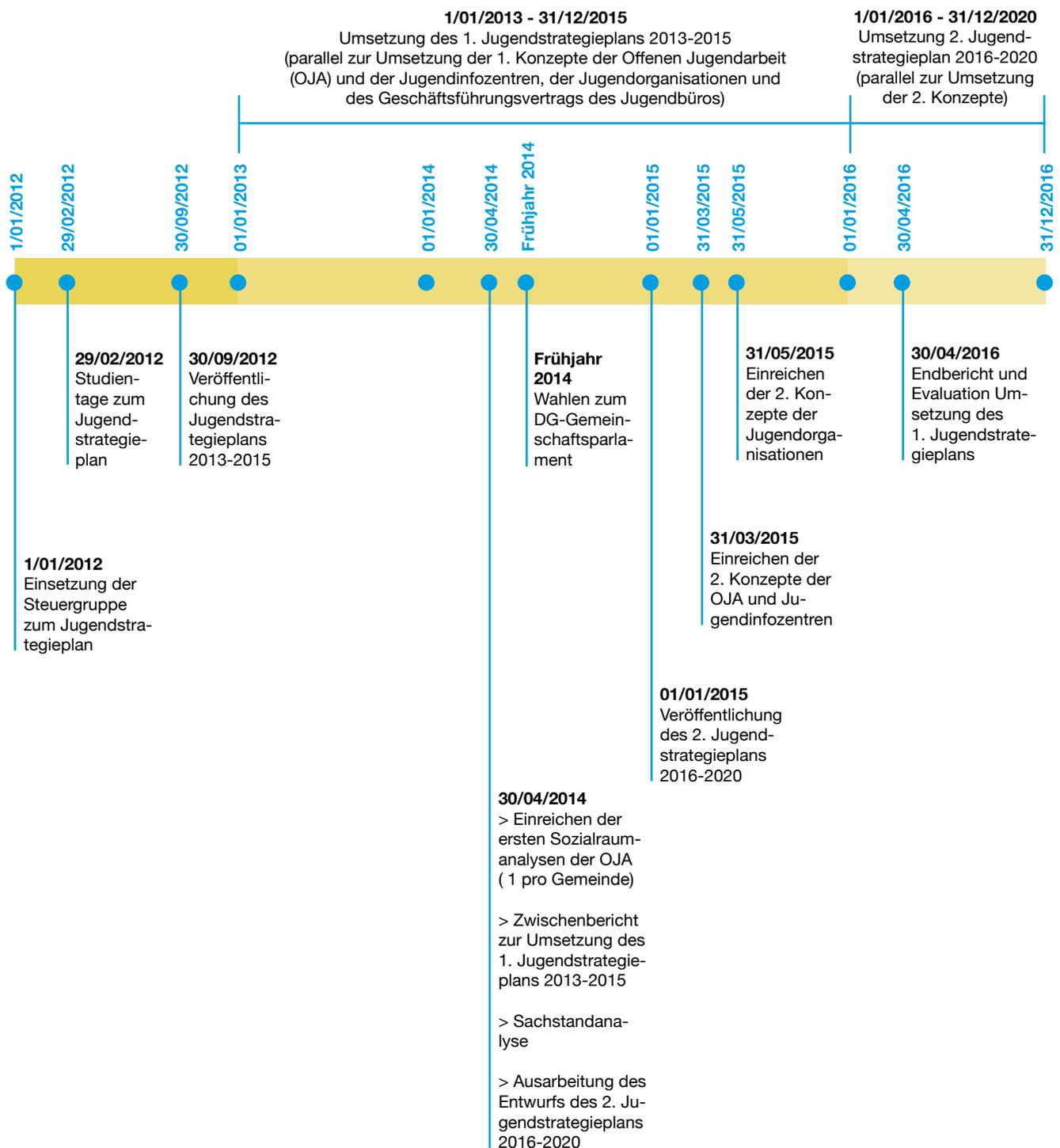
AKTION 6	
Beschreibung	Reaktion der Steuergruppe zur Stellungnahme des RdJ
Sensibilisierungskampagne zum Thema „Gewalt in den Medien und <u>kritischer Umgang mit Medien</u> “	- Der Vorschlag des RdJ, das Thema „Gewalt in den Medien“ durch „Umgang mit Medien“ zu ersetzen, wurde von der Steuergruppe teilweise aufgegriffen. Es wurde darauf hingewiesen, dass 2014 auf Nachfrage zahlreicher Organisationen eine kohärente breit angelegte Sensibilisierungskampagne organisiert werden solle. Im Herbst 2012 werde zum Thema „Informations- und Medienkompetenz“ für Lehrer im Triangel ein halber Konferenztag stattfinden. Dort solle auch der neue Leitfaden vorgestellt werden.  <b>&gt;&gt; Ergebnis: Titel um „Umgang mit Medien“ ergänzen.</b>

AKTION 7	
Beschreibung	Reaktion der Steuergruppe zur Stellungnahme des RdJ
Präventionsaktionen zum Thema „Mobbing und Cyber-Mobbing“ organisieren (u.a. Vorstellen von Best Practices wie die Initiative „Wo der Spaß aufhört ...“ des Instituts für Medienpädagogik Bayern).	<b>&gt;&gt; Die Anregungen betreffen vorwiegend die konkrete Umsetzung der Aktion. Die Stellungnahme des RdJ wird den Projektverantwortlichen als Anregung übermittelt.</b>

# ANLAGE 4:

## ZEITPLAN ZUR UMSETZUNG DES JUGENDSTRATEGIEPLANS DER DG 2013-2015

### ZEITPLAN DES 1. JUGENDSTRATEGIEPLANS 2013-2015



REGIERUNG DER DG

KLÖTZERBAHN 32

4700 EUPEN

TEL. 087/596.400

E-MAIL: KAB.WEYKMANS@DGOV.BE

INTERNET: WWW.DGLIVE.BE/JUGEND

**DG**

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT